



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/57 - 9. März 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Auf ein Wort, Herr Abgeordneter Jaeger!</u>	52
	Keine Emigrantenhetze? - Behauptungen und Tatsachen	
12	<u>"Politik" mit falschen Meldungen</u>	45
	CDU - öpa und die "Widersprüche" in der SPD	
2 - 5	<u>Warum zögert die FEN?</u>	69
	Politische Hintergründe im Feld diskreter Verhandlungen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	
4 - 5	<u>Mal so, mal so</u>	64
	CDU-Einstellung zur Bodenspekulation Von Dr. Julius Bracht, MdB	
6	<u>Ehrenmann Euzel</u>	28
	Die finanziellen Folgen des Karlsruher-Urteils	

* * *
* * *

Auf ein Wort, Herr Abgeordneter Jaeger!

Keine Emigrantenhetze? - Behauptungen und Tatsachen

* "Es gibt in diesem Lande keine *
* Emigrantenhetze, schon gar nicht *
* bei der CDU". *
* * * * *
* Dr. Richard Jaeger, Vize- *
* präsident des Bundestages, in der *
* Bundestagsdebatte am 8. 3. 1961. *

sp - Wir wollen zugunsten des Bundestagsvizepräsidenten und CSU-Abgeordneten Dr. Richard Jaeger annehmen, dass er nicht weiss, was in seiner Partei geschieht. Anderenfalls könnten wir nicht glauben, ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages stelle eine Behauptung auf, wie sie oben zitiert ist. Aber da nun einmal Herr Dr. Jaeger gesagt hat, es gebe "in diesem Lande keine Emigrantenhetze, schon gar nicht bei der CDU", wollen wir unterstellen, er wisse nichts von "Rednerdiensten" der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und er habe nie einen gewissen "Sonderinformationsdienst" der Christlich-Sozialen Union (CSU) in Bayern gesehen.

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) hat im Januar 1961 einen Rednerdienst (Sonderausgabe) - nur als Manuskript gedruckt - mit dem Titel "Wer ist Willy Brandt?" herausgegeben. In diesem "Rednerdienst" werden "Lebenslauf, persönliche Entwicklung und politische Ansichten des Kanzlerkandidaten der SPD in seinen Selbsterzeugnissen" verbreitet. Zitate und Erklärungen Brandts sind aus dem Zusammenhang gerissen und sollen das Bild eines Mannes vermitteln, dessen persönliche und politische Integrität in Zweifel gezogen werden kann.

Als Herausgeber dieses "Rednerdienstes" zeichnet die Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn/Rhein, Wassestrasse 2, Tel.: 32931.

Im Herbst 1960 hat die Christlich-Soziale Union in Bayern einen "Sonderinformati onsdienst" in grosser Auflage herausgegeben. Das Impressum vermerkt: Generalsekretariat der CSU in Bayern. Verantwortlich: Dr. Zimmermann.

Dieser "Sonderinformationsdienst", der sich ebenfalls mit Willy Brandt beschäftigt, begnügt sich nicht mit der Wiedergabe von Zitaten und Erklärungen des Kanzlerkandidaten, sondern fügt diesen auch Hinweise zu, durch die wiederum die persönliche und politische Integrität Willy Brandts in Zweifel gestellt werden soll. Gerade dieser "Sonderinformationsdienst" der CSU ist so aufgebaut, dass unbefangene und politisch nicht geschulte Leser den Eindruck erhalten müssen, der Kanzlerkandidat der SPD sei eine dubiose Persönlichkeit und habe überhaupt keine politische Überzeugung. Bemerkenswert ist zum Abschluss der Darstellung des Lebens Willy Brandts folgender Satz:

"Ein ebenso bewegter wie markwürdiger Lebenslauf, der viele Fragen offen lässt und schwer in die Formel 'bitteres Emigrantenschicksal' gepresst werden kann".

Wenn Vizepräsident Dr. Richard Jaeger nicht will, dass seine Glaubwürdigkeit erschüttert bleibt, muss er die Parteileitungen der CDU und CSU öffentlich auffordern, den von uns als Beispiel angeführten "Rednerdienst" und "Sonderinformationsdienst" zurückzuziehen. Er muss auch dafür Sorge tragen, dass einige seiner prominenten Parteifreunde nicht mit unterschwelligen Fragen den Eindruck zu erwecken suchen, sie hätten ein Interesse daran, dass der Bundestagswahlkampf hinterhältig, unfair und dem Ansehen Deutschlands abträglich geführt wird. Nur auf diese Weise könnte die Bundestagsdebatte mit ihren Erklärungen zum Problem der politischen Emigration und des Widerstandes gegen Hitler für das Ansehen Deutschlands nutzbar gemacht werden.

"Politik" mit falschen Meldungen

DUD - dpa und die "Widersprüche" in der SPD

sp - Der Pressedienst der Christlich-demokratischen Union; DUD, hat natürlich mit Vergnügen anscheinend gegensätzliche Stellungnahmen der Sozialdemokraten zur Frage der Aufwertung der D-Mark zusammengestellt. Wie solche scheinbarer Gegensätze entstehen, sei am nachfolgenden Beispiel demonstriert:

Der DJD Nr. 46, 15. Jahrgang, vom 7. 3. 1961, schreibt unter Punkt 3:

"Der nicht unbekannt SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion des Europaparlamentes, B i r k e l b a c h, begrüßte - lt. dpa vom gleichen Tage, - in Kassel vor Journalisten die D-Mark-Aufwertung; weil dadurch die Störungen im internationalen Zahlungsverkehr ausgeschaltet würden".

DUD konstruierte daraus einen Gegensatz zu Dr. D e i s t, der weichere Mittel vorgezogen hätte und stützte sich dabei auf eine dpa-Meldung Nr. 61 aus Kassel vom 5. März folgenden Wortlauts:

"Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vors. der soz. Fraktion des Europa-Parlamentes, Willi Birkelbach, begrüßte am Sonntag in Kassel vor Journalisten die D-Mark-Aufwertung, weil dadurch die Störungen im internationalen Zahlungsverkehr ausgeschaltet würden. Birkelbach sagte, schon seit Jahren habe man in der Bundesrepublik einen Ausführüberschuss begünstigt, der nicht nur starke Auswirkungen auf die Volkswirtschaft anderer Länder, sondern im Inland auf eine Verknappung der verfügbaren Güter zur Folge gehabt und Preissteigerungen hervorgerufen habe".

Der Abgeordnete Birkelbach teilt uns dazu mit, in Kassel am Sonntag-nachmittag die nachfolgende Erklärung abgegeben zu haben:

"Zur Beseitigung der Störung im internationalen Zahlungsverkehr sei seit langem eine Maßnahme auf deutscher Seite fällig gewesen. Jetzt sei ein Schritt erfolgt. Wir als Sozialdemokraten hätten es vorgezogen, wenn man anstelle eines solchen pauschalen Vorgehens die steuerlichen Maßnahmen ergriffen hätte, die vor geraumer Zeit in der Diskussion lagen. Es handelt sich um einen Abbau der Ausfuhrförderungsmaßnahmen und eine Beseitigung der Umsatzausgleichssteuer auf Einführen. Das hätte ein differenziertes Eingehen auf die Situation in den einzelnen Wirtschaftszweigen ermöglicht".

Wer die Erklärungen des Bundestagsabgeordneten Dr. Deist in der Bundestagsdebatte vom 8. 3., sowie seine Erklärung vor der Presse am 5. 3. mit dieser Erklärung des Abgeordneten Birkelbach vergleicht, wird volle Übereinstimmung feststellen. Selbst die von Deist am 5. 3. als "Kurzschlussreaktion" bezeichnete D-Mark-Aufwertung findet in seiner Erklärung vom 8. 3. wie in der Erklärung Birkelbachs ihre indirekte Begründung in der Feststellung, dass man es im Herbst 1960 versäumt habe, zumindest mit den weichen Mitteln der Steuerpolitik Ausführüberschuss, Devisenzufluss und Konjunkturüberhitzung einzudämmen. Dem "DUD" ist nicht über-zunehmen, dass er zur Verteidigung der Regierungsposition krampfhaft nach gegensätzlichen Auffassungen bei den Sozialdemokraten sucht. Bedenklich ist jedoch die Methode, mit dem ihm für seine Unterstellung von anderen Diensten die Munition für seine unqualifizierten Angriffe geliefert wird.

Warum zögert die FLN?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Über das Prinzip einer algerischen Republik ist man sich heute in Paris, Tunis und Rabat - sowie in Moskau und Washington - einig, nicht aber über Form und Inhalt der erstrebten Unabhängigkeit. Soll Algerien so unabhängig werden wie Tunesien oder wie Marokko, soll es mit den beiden nordafrikanischen Nachbarn in eine Maghreb-Föderation eingereiht werden, oder unabhängig sein wie Guinea? Mit anderen Worten, soll die kommende algerische Republik westlich oder östlich orientiert sein, mehr französisch oder amerikanisch ausgerichtet oder eher aktiv-neutral, wenn nicht gar mit Wegweisern nach Moskau oder Peking?

Darüber denkt man in den Staatskanzleien der ganzen Welt nach, darüber wird in Rabat und Arosa konferiert und nicht zuletzt in den verantwortlichen Kreisen der FLN in Tunis und Kairo.

Die "Algerische Befreiungsfront" ist ja ein Konglomerat verschiedenster politischer Richtungen, die sich im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit zusammenschlossen; mit Währerrücken dieses Zieles kommen aber auch die alten Differenzen innerhalb der Front wieder zum Vorschein, die verschiedene Formen und Zielrichtungen der kommenden algerischen Republik vorzuschlagen haben. Es geht dabei nicht nur um die aussenpolitische Orientierung des kommenden Algerien, sondern auch um seinen sozialen Inhalt: soll es eine bürgerlich-demokratische Republik werden oder revolutionäre Wege beschreiten, wie bereits das benachbarte Mali? Soll das Sahara-Erdöl von einem internationalen Konsortium verwaltet werden oder von der algerischen Republik?

Gaullistische Vorbilder

Es gibt aber noch andere Gründe des Zögerns der algerischen Exilregierung gegenüber den Einladungen de Gaulles und den Ratschlägen Burgibas und Haasan II. Die FLN inspizierte sich eigentlich von Anfang an von der gaullistischen Widerstandsbewegung (MLN), in welcher die Algerier im Zweiten Weltkrieg übrigens eine hervorragende Rolle spielten. Die GPRA (Provisorische Regierung der Algerischen Republik) glaubt für Algerien ebenso sprechen zu können, wie de Gaulles GPRF (Provisorische Regierung der Französischen Republik) während des zweiten Weltkrieges

für Frankreich sprach. Die FLN übernahm von der französischen Widerstandsbewegung nicht nur die ähnlichen Abkürzungen und manche Methoden, sondern auch gewisse strategische und taktische Auffassungen. So ist man Verhandlungen mit der "Besatzungsmacht" nicht sehr zugeneigt und eher auf eine vollständige "Liberation" eingestellt. Die algerisch-mohammedanischen Demonstrationen weisen seit Dezember in diese Richtung.

Daher das Unbehagen der FLN im Kreise der beiden nordafrikanischen Nachbar- und Brüdervölker Tunesien und Marokko, die in Kolonialsystemen nie so tief gefallen waren wie Algerien, und die ohne Bürgerkrieg ihre nationale Unabhängigkeit verwirklichen konnten. Ein gewisser Groll spielt natürlich auch mit, wenn man bedenkt, dass Tunis und Marokko sich - von Standpunkt der FLN gesehen - nicht immer sehr solidarisch zeigten und jedenfalls mit Paris mehr oder minder gute Beziehungen ausbrecht erhielten. Zwischen Burgiba und Hassan II. muss Abbas sich wie ein armer Verwandter verkommen oder wie ein Rebelle im Kreise von Opportunisten. Dazu kommt, dass Abbas wohl Präsident der Exilregierung ist, aber - da er relativ spät zur Untergrundbewegung kam - keine unbeschränkte Autorität besitzt. Die FLN-Führung ist "kollegial". Es ist durchaus nicht gewiss, ob die radikalen FLN-Leute, vor allem die Partisanen, einem Waffenstillstandsabkommen widerstandslos Folge leisten würden.

1961 ist nicht 1945

Die FLN übersieht allerdings, dass die weltpolitische Konstellation 1961 ganz anders ist, als im zweiten Weltkrieg. Die französische Widerstandsbewegung war Glied einer weltumspannenden Kette, einer Grossmächtekoalition, der sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten angehörten. Die Wiederherstellung der französischen Republik war 1944 durch den Ausgang des Weltkrieges bestimmt. Wollte die FLN aus solchen Überlegungen die letzte Konsequenz ziehen, müsste sie auf die Ausdehnung, Verlängerung und Internationalisierung des Algerienkrieges hinarbeiten. In diesem Falle wären die Friedenshoffnungen der letzten Wochen vergebens.

In Algerien gibt es heute, zum Unterschied von 1945, militärisch weder Sieger noch Besiegte. Man darf annehmen, dass man nun auf beiden Seiten das wirkliche Kräfteverhältnis und die Gefahren einer Fortdauer des Krieges richtig einschätzt und zur Wiederherstellung des Friedens kommt, im Interesse aller Völker des Mittelmeerbeckens und der ganzen Welt.

Kal so, mal so

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Wenige Tage nachdem in Bundestag die grosse Debatte über die fortgesetzte Steigerung der Baulandpreise und über Bodenwucher und Bodenpekulation geführt wurde, tagten im Beisein des Bundeskanzlers die CDU-Sozialausschüsse. Obwohl nur wenige Tage und Stunden zwischen beiden Diskussionen lagen, konnte man nun zum gleichen Thema und von denselben CDU-Parteimitgliedern völlig entgegengesetzte Ansichten hören. Nicht nur das, völlig entgegengesetzte Grundhaltungen wurden vertreten. Was kurz zuvor als nicht so schlimm und gefährlich hingesehen wurde, wurde jetzt endlich ernst gewertet und als ein soziales Übel bezeichnet, gegen das vorgegangen werden muss.

Noch in der Bundestagsdebatte haben dieselben Abgeordneten, die im Milieu der Sozialausschüsse unter sich waren, ihrem so sehr verehrten Wohnungsbauminister begeistert Beifall gesendet, als er für die von der CDU geführte Bundesregierung erklärte, von einer Steigerung der Bodenpreise nach Aufhebung des Preisstops könne generell nicht die Rede sein. Sie verteidigten die Regierungsthese, dass es sich bei den gestiegenen Bodenpreisen um legalisierte Schwarzmarktpreise handelt. Sie standen im Bundestag nicht gegen die Erklärung auf, die Massnahmen des Bundesbaugesetzes seien wirksam genug und man brauche und könne die Bodengewinne und die riesenhaften Erträge aus der Bodenspekulation nicht besonders erfassen und der Allgemeinheit nutzbar machen.

Mit keinem Wort ernster Kritik gegenüber den geradezu skandalösen Zuständen am Baulandmarkt und gegenüber den fortgesetzten Benachteiligungen der Bausparer und Eigenheiminteressenten nahmen sie geduldig und zustimmend und meist sogar applaudierend hin, was an platten Allgemeinheiten und Selbstverständlichkeiten und an unverbindlichen Erwartungen und Versprechungen geboten wurde.

Wenige Stunden später in Königswinter war alles ganz anders. Da wurde so gesprochen, wie es in der Wirklichkeit steht. Das war gar nicht mehr weit von der massiven Kritik und den Gegenforderungen entfernt, die die Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag vorgebracht haben. Dort wurden sie abgelehnt - hier wurden ihre Argumente und die Darlegungen der Sachverhalte wahrheitsgemäss angenommen. Es wurde bei den Sozialausschüssen und in ungebundener Umgebung - nicht vor den Interessengruppen der steigenden

Bodenrente umgeben - durchaus anerkannt und damit der SPD bestätigt, dass die gestiegenen Baulandpreise den Familienheimbau schädigen und beeinträchtigen. Übereinstimmend mit der SPD wurde gefordert, dass wirksame Gegenmittel angesetzt werden müssen. Selbst auf die Forderung wurde hingewiesen, die von der SPD seit Jahren erhoben wird: die Abschöpfung des unverdienten Wertzuwachses aus den Bodengewinnen und den fortgesetzten Bodenwertsteigerungen.

Im Bundestag gingen die Arbeitnehmervertreter der CDU leicht darüber hinweg. Hier in Königswinter galt dies als durchaus möglich und notwendig. Was ist das für eine Partei, die mit zwei so gegensätzlichen Gesichtern und zwei so ganz verschiedenen Grundanschauungen auftreten kann, je nachdem in welcher Umwelt sie steht? Sind nun die Interessen der Grundbesitzer mächtiger und wichtiger oder die sozialen Anliegen der Bausparer und der Wohnungslosen? Zur rechten Zeit hatte "Christ und Welt" die Dinge noch beim richtigen Namen genannt: "Was sich jedoch auf dem Gebiet der Baulandpreise abspielt, spottet jeder Beschreibung ... Das sind Maßstäbe einer Plutokratie".

Im Bundestag hat die Bundesregierung, an der Spitze der Wohnungsbauminister, die braven und ergebenen Abgeordneten der Regierungsparteien mit ihren reichlich nichtssagenden und salbungsvoll beruhigenden Erklärungen zu dem Skandal der Bodenpreissteigerungen nochmals beschwichtigend können. Bei den Sozialausschüssen hat diese Form, das Krebsgeschwür des Bodenwuchers und der Bodenspekulation als ganz ungefährlich und harmlos hinzustellen, schon nicht mehr gezogen. In der Öffentlichkeit bei den betroffenen Bausparern und den unter der Wohnungsnot schwer Leidenden wird weder den Beruhigungspillen noch den Beschwichtigungsworten geglaubt. Hier gelten die harten Tatsachen, hier treten die Ergebnisse des Bodenwuchers und der Bodenspekulation immer krasser hervor. Aber die Bekenntnisse und Forderungen der CDU-Sozialausschüsse werden an zuständiger Stelle in der CDU auch nichts ausrichten, weil unter der Macht der Bodenbesitzinteressen das geschützt werden soll, was "Christ und Welt" "Plutokratie" nennt.

Ehrenmann Etzel

sp - Der Steuerzahler hat nun zu bezahlen, was Eigensinn, Machttausch und Parteiegoismus verursachte. Gemeint ist die von Bundeskanzler Adenauer aus eigener Machtvollkommenheit ins Leben gerufene und von Karlsruhe als verfassungswidrig erklärte Deutschland-Fernseh G.m.b.H. Dieses misslungene Experiment verschlang rund 120 Millionen DM, die zum größten Teil nun vom Haushaltsäckel ersetzt werden müssen. Die Bundesregierung hatte, ohne den Haushaltsausschuss zu verständigen, den Auftrag zur Gründung dieser Gesellschaft erteilt.

Bundesfinanzminister Etzel befand sich in einer offensichtlich recht unangenehmen Position als er bei der zweiten Lesung des Bundeshaushaltes auf peinliche Anfragen der Opposition Antwort geben musste. Man hätte erwarten können, dass wenigstens die unglückseligen Berater und Gehilfen des Bundeskanzlers, der Justizminister und der Bundesinnenminister, eine Sache verteidigt hätten, für die sie sich so stark gemacht haben. Weit gefehlt! Sie schickten den Ehrenmann Etzel vor und hüllten sich selbst in Schweigen. Kameradentreue scheint nicht gerade zu den stärksten Eigenschaften des Kabinetts Adenauer zu gehören.

Etzel hatte - und das sei ihm hoch angerechnet - den Mut, sich sogar gegen seine eigene Fraktion zu stellen, indem er dafür eintrat, daß der Haushaltsausschuss über die Höhe der durch das Adenauer-Experiment verursachten Kosten unterrichtet wird. Die CDU-Bundestagsfraktion wollte, unter Mißachtung der haushaltlichen Gepflogenheiten, diese Angelegenheit gewissermaßen im Dunkeln erledigen und dem Bundesfinanzminister eine Blankovollmacht erteilen. Etzel, Ehrenmann wie er ist, erwies sich als der bessere seiner Pflicht bewusste Parlamentarier als die Fraktion, der er angehört. Ihre Verblendung, kennt, wenige Monate vor den Wahlen, kaum noch Grenzen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel